

- Stadtplanungsamt -

Tübingen, den 3. März 1975

Begründung zum Bebauungsplan
"Ortsdurchfahrt Hagelloch"

Planungsziel: Anlaß und Ziel des vorliegenden Bebauungsplanes ist im wesentlichen der aus Verkehrssicherheitsgründen dringend notwendige Ausbau der Kreisstraße K 6914 bis zur Ortsmitte (Kirche und Rathaus). Dort findet die Straße ihren Anschluß an die bereits ausgebaute Teilstrecke in Richtung Hohenentringen. Im Zusammenhang mit der Straßenplanung soll zugleich die Bebauung der angrenzenden Bereiche städtebaulich geordnet bzw. planungsrechtlich geregelt werden.

Planinhalt: Der Straßenausbau der K 6914 schließt nördlich an die Einmündung der Ebenhaldenstraße in den Hagellocher Weg mit einer 7,50 m breiten Fahrbahn an, die im Bogenstück auf 8,50 m aufgeweitet und anschließend in der Ortsdurchfahrt wegen der beengten räumlichen Situation der vorhandenen Bebauung auf 7,00 m reduziert wird. Innerhalb der Ortsdurchfahrt und weiter darüber hinaus, bis zum geplanten Parkplatz, werden beidseitig 1,5 m breite Gehwege vorgesehen, in der weiteren Außenstrecke ein einseitiger Gehweg mit 1,5 m Breite.

Die Einmündungen der Schloßgartenstraße und der Schulstraße mit der Alten Steige in die Tübinger Straße wurden neu geordnet. Für die genannten Straßen wurden einheitlich 6,50 m Straßenbreite und beidseitig Gehwege mit 1,50 m Breite ausgewiesen. Die Gartenstraße mußte in der derzeitig ausgebauten

Breite von 4,50 m belassen werden. Es wurde hier jedoch zusätzlich ein einseitiger Gehweg von 1,50 m Breite ausgewiesen.

Die Verbreiterung der Münzgasse im Zuge der Ortsdurchfahrt ist nur durch den Abriß zweier Gebäude möglich. Der Wegfall dieser Häuser bietet gleichzeitig die Möglichkeit an dieser Stelle zwei Bus-Haltebuchten anzuordnen.

Das Baugebiet ist - bis auf die Gemeinbedarfsgrundstücke für Kirche und Rathaus - insgesamt als "Mischgebiet" ausgewiesen worden. Diese Festsetzung entspricht der vorhandenen Art der baulichen Nutzung. Eine Umstrukturierung zum "allgemeinen Wohngebiet" wäre in Bereichen beidseits der Tübinger Straße denkbar, der Ortschaftsrat von Hagelloch hat jedoch Wert darauf gelegt, daß die Ausweisung des "Mischgebietes" als planerische Zielsetzung erhalten bleibt, damit jederzeit die Ansiedlung kleineren Gewerbebetriebe möglich ist.

Das festgesetzte Maß der baulichen Nutzung, die Baustreifen und die Gestaltungsvorschriften entsprechen der vorhandenen Baustruktur, die damit in ihrem dörflichen Charakter erhalten bleiben soll. Im großen und ganzen wurde die vorhandene Bebauung planungsrechtlich sanktioniert und bis auf zwei Ausnahmen keine neuen Baumöglichkeiten ausgewiesen.

Baukosten: Für den Ausbau der K 6914 wurde überschlägig ein Kostenaufwand von 1 200 000,-- DM (einschließlich Grunderwerb) ermittelt.

Für die Ausbaumaßnahme kann ein Landeszuschuß nach § 27 FAG III beantragt werden. Bei einem voraussichtlichen Staatszuschuß von 40 % der Ausbaukosten beläuft sich der städt. Restanteil auf rd. 720 000,-- DM.

F. Müller
Stadtbaudirektor